



INSIDER

AUSGABE 27 · 21. JULI 2017

KOMMENTAR

»WEHE EUCH, VOR DEM, DER KOMMT«

Von Jenny Bogitzky

US-Vize Präsident Mike Pence läuft sich warm für die US-Präsidentschaft 2020. Das zumindest konnte man der aktuellen Berichterstattung entnehmen, die beschreibt, dass sich Pence mit einem Unterstützerteam für die US-Wahl 2020 umgibt. Laut New York Times traf er sich außerdem mit 30 bis 40 Gästen in seiner Washingtoner Residenz, darunter angeblich Finanz-Manager, Vertreter aus der Chemie- und Rüstungsindustrie sowie Spendensammler der Republikaner, die für einen solchen Wahlkampf unerlässlich wären.

Nun ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass (Noch-)US-Präsident Donald Trump diese erste Amtszeit auch als Präsident beenden wird. Zwei Anträge demokratischer Abgeordneter zur Amtsenthebung liegen bereits vor. Die Republikaner selbst werden zusehends ungeduldig und einige sind bereits auf Distanz. Die Liste der durchaus triftigen Gründe wächst, allen voran die jüngsten Enthüllungen über die Russland-Kontakte seines Sohnes Donald Jr. Wie kolportiert, wollte er von einer russischen Anwältin kompromittierendes Material über Trumps Gegnerin im US-Wahlkampf 2016, Hillary Clinton, erhalten und im späteren Wahlkampf veröffentlichen. Dazu kam es nicht. Aber allein der von Trump Jr. selbst offengelegte Emailaustausch legt nahe, dass sich Trump Sohn scharf an der Grenze zum Landesverrat bewegte, was strafbar wäre. Der US-Präsident wusste angeblich – wie sonst auch im Rahmen der Russlandaffäre – von nichts. Ob Trump es wahr haben möchte oder nicht – die Luft wird dünner.

Nun gibt es nicht Wenige, die auf eine baldige Amtsenthebung hoffen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das so ratsam wäre. Bereits Thomas von Aquin hat im 13. Jh. in seinem Werk »Über die Herrschaft der Fürsten« sinngemäß geschrieben, dass man eine unliebsame Herrschaft durchaus ertragen sollte, da es möglich wäre, dass der Nachfolger aus Furcht, ein ähnliches Schicksal zu erleiden, noch drückender regiert. Nun sind wir nicht mehr im 13. Jh. und im Falle einer Abwahl Trumps müsste Mike Pence nicht vor seinem Volk zittern. Das Volk aber eventuell vor ihm. Mike Pence ist im Gegensatz zu Trump ein Politiker, der das Geschäft kennt. Einige behaupten, Pence sei Trumps Königsmacher, weil er etliche der evangelikalen Republikaner (er ist selbst einer) von Trump überzeugte und salonfähig machte. Wer aber ist Mike Pence? Zwölf Jahre war er im US-Repräsentantenhaus, vier Jahre war er Gouverneur des Bundesstaates Indiana, in dem er auch geboren und aufgewachsen ist. Indiana ist einer der konservativsten und reaktionärsten Staaten der USA überhaupt (noch im Jahr 2010 gab es den Verdacht, dass der Ku Klux Klan für das Abbrennen eines Kreuzes im Vorgarten einer Familie mit afroamerikanischen Kindern verantwortlich war). So ist auch Mike Pence: den Klimawandel bezeichnete er als »Mythos«, er setzte sich in der Vergangenheit für eine Reihe an Gesetzen ein, die die Rechte von Frauen, Homosexuellen, Aidskranken und armen Menschen einschränken sollte. Was ihm auf Bundesebene nicht gelang, setzte er in Indiana um. Unter anderem ein Gesetz von 2015, das den Geschäftsleuten in Indiana erlaubte, schwule und lesbische Kunden nicht zu bedienen. Auch hat er in Indiana Kliniken schließen lassen, weil er gegen Abtreibungen im Allgemeinen und Abtreibungen von schwer behinderten Föten im Besonderen war. Bei Trump hat man immer den Eindruck, dass er von einem ins nächste Thema fällt und es gut oder schlecht findet, je nachdem, mit welcher Laune er morgens aufgestanden ist. Mike Pence hingegen ist ein Mann mit einer politischen Agenda. Einer noch dazu sehr rückwärtsgewandten. Mit der Russlandaffäre hat er allem Anschein nach wirklich nichts zu tun, was den Weg für eine Trump-Nachfolge gangbar machte. Aber eines sollten sich alle, die Trump loswerden wollen, klarmachen: Trump mag im Politischen nicht unbedingt die bessere Wahl sein, aber doch möglicherweise das geringere Übel.

WAHLEN STATT »KLEINRUSSLAND«



Von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
Quelle: Bundestagsfraktion DIE LINKE

Jegliche einseitige Veränderung der Gebiete in der Ukraine ist kein Schritt der Deeskalation. Die Ankündigung, einen eigenen, zunächst zeitlich begrenzten Staat »Kleinrussland« zu bilden, bringt nicht voran. Im Gegenteil: Am Abkommen von Minsk muss festgehalten werden. Seit über einem Jahr jedoch steht dessen Umsetzung faktisch still. Das ist höchst unbefriedigend und gefährlich. Diese Seite der Kritik aus Donezk und

Lugansk ist zutreffend, die Schlussfolgerung nicht.

Die Unterzeichnermächte des Minsker Abkommens, Deutschland, Frankreich, Russland sowie die Regierung der Ukraine (Kiew), sind aufgefordert, Minsk II neu zu beleben. Notwendig ist jetzt ein Zeitplan für die ausgehandelte Roadmap, der exakt und verbindlich festschreibt, bis wann welcher Schritt kontrollierbar vollzogen sein muss, darunter: Waffenruhe, Abzug der schweren Geschütze von der Demarkationslinie, Gefangenenaustausch und Einlösung der sozialen Verpflichtungen der Kiewer Regierung gegenüber den Bürgern von Donezk und Lugansk, darunter die Auszahlungen ihrer Renten. Das schafft die Basis für Verhandlungen über eine neue Verfassung und Autonomierechte für die Regionen. Für die Kommunalwahlen in Donezk und Lugansk ist ein Termin verbindlich festzulegen. Eine Voraussetzung dafür sind die genannten rechtlichen Schritte. International garantierte Wahlen sind die bessere Alternative zur einseitigen Staatsgründung.

NEUER US-BOTSCHAFTER FÜR DEUTSCHLAND NOMINIERT

Nachdem Donald Trump die demokratischen Botschafter nach seiner Amtseinführung abgezogen hatte, nominierte er für Deutschland den 50-jährigen Richard Grenell. Dieser war während der Bush-Administration zwischen 2001 und 2008 Sprecher der amerikanischen Botschafter bei den Vereinten Nationen. Der Senat muss die Nominierung nun bestätigen. Der erfahrene Diplomat wurde bereits seit längerem für einen Posten gehandelt und tritt in den USA prominent beim Fernsehsender Fox auf.

Er kritisiert ebenso wie Donald Trump die Medienlandschaft und nutzt für seine Kommunikation Twitter. Der US-Präsident würde besonders seine Loyalität schätzen. Grenell führt eine PR-Agentur, die sich auf internationale Strategien spezialisiert hat. Er stammt aus einer evangelikalen Familie in Michigan und lebt in einer offenen homosexuellen Beziehung.

Bis zum 20. Januar dieses Jahres war John B. Emerson der US-amerikanische Botschafter für Deutschland, seitdem war die Stelle de facto unbesetzt.

AUSSENMINISTER GABRIEL VERSCHÄFT DEN TON GEGENÜBER DER TÜRKEI

Diese Woche wurde bekannt, dass der deutsche Menschenrechtsaktivist Peter Steudtner in der Türkei in Untersuchungshaft sitzt, nachdem er gemeinsam mit der Organisation Amnesty International ein Seminar über Menschenrechte und Datensicherheit sowie den Umgang mit Stress gegeben hatte. Die türkischen Autoritäten hatten ihn der Konspiration zu terroristischen Maßnahmen bezichtigt.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel reagierte mit klaren Worten und verschärfte die Reisewarnung des Auswärtigen Amtes für deutsche Reisende. Dies wird als weitere diplomatische Eskalationsstufe gewertet. Ferner stellt die Bundesregierung die wirtschaftliche Stabilität für Investitionen in die Türkei auf den Prüfstand. Gabriel sagte dazu: »Man kann nicht zu Investitionen in einem Land raten, wenn es dort

keine Rechtssicherheit mehr gibt.« Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan warf infolgedessen Deutschland »große politische Verantwortungslosigkeit« vor.

Bundeskanzlerin Merkel stellte sich hinter Sigmar Gabriel und verteidigte die vorgenommenen Schritte vor dem Hintergrund der Inhaftierungen eines weiteren deutschen Bürgers.

Sigmar Gabriel hatte erst am Mittwoch den türkischen Botschafter ins Auswärtige Amt zitiert und die Regierung für die Inhaftierung Steudtners kritisiert – dies wurde als versuchter Eingriff in die türkische Justiz interpretiert.

Mittlerweile kamen Gerüchte auf, dass Erdoğan deutsche inhaftierte Bürger für einen Tauschhandel gegen geflüchtete Putschisten nutzen möchte.

Gugl-Hupf

CHRISTOPHER STREET DAY IN BERLIN

Am diesem Samstag, dem 22. Juli, findet der Christopher Street Day (CSD) in Berlin statt. Um 12 Uhr beginnt am Kurfürstendamm der CSD-Umzug mit einer Kundgebung, worauf die Demonstration in Richtung Brandenburger Tor folgt. Das Finale der Pride Week wird dort gefeiert.

Am heutigen 21. Juli hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Gesetzesvorschlag für die »Ehe für alle« unterzeichnet, es wird daher mit einem hohen Personenaufkommen gerechnet. Am Abend findet die Unity Pride Party am Funkhaus Berlin, Nalepastr. 18, 12459 Berlin statt.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky, Alice Gerschke
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büroservice Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

EUROWING: CHANCE AUF ERFOLG DURCH ÜBERNAHMEN?

Lufthansa-Chef Carsten Spohr hatte 2015 seine Vision präsentiert, Eurowings zu einer Erfolgsgeschichte zu machen – trotz des tragischen Germanwings-Unglücks, das den Lufthansa-Konzern zu dem Zeitpunkt überschattete.

Experten prognostizieren, dass der Manager ein gutes Gespür für die Geschäftsentwicklung bewiesen haben könnte: mit einer zunehmend wahrscheinlicher werdenden Übernahme der strauchelnden Airline AirBerlin würde Eurowings auf eine

Flotte von 170 Flugzeugen kommen und somit Ferienairlines wie Condor und Tuifly abhängen.

Bei der Bilanz des Urlaubsgeschäfts im Juli hat Lufthansa die Nase vorn – rund 28.000 Flüge verbucht die Airline und steigert die Anzahl somit um 2,1 Prozent. AirBerlin folgt in der Bilanz, die über 12.000 Flüge im Haupturlaubsmonat operiert. Aber auch Eurowings verbucht eine Zunahme der Flüge um 36,1 Prozent, Germanwings bleibt ebenfalls weiter stabil.

GEPLANTE US-SANKTIONEN: RISIKO FÜR DEUTSCHLANDS ENERGIEVERSORGUNG?

Der US-Energieminister Rick Perry kündigt an, die USA zu einer regierenden Energiemacht machen zu wollen und plant gemeinsam mit Donald Trump Russland mit Sanktionen zu belegen, die allerdings auch Europa treffen würden.

Außenminister Sigmar Gabriel befürchtet den Missbrauch eines politischen Instruments, um Eigeninteressen durchzusetzen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries zeigen sich besorgt und haben eine Arbeitsgruppe gegründet, um gegen die

Sanktionen zu wirken, denn der US-Senat hat kürzlich beschlossen, alle Unternehmen zu sanktionieren, die dabei helfen russische Gas- und Ölpipelines zu bauen, zu betreiben oder zu warten.

Deutschland wäre davon massiv betroffen: 39 Prozent des verbrauchten Öls stammen aus den USA, beim Gas sind es 35 Prozent. Sollten die Sanktionen in der vorliegenden Form in Kraft treten, wären nicht nur mehrere große Unternehmen im Energiesektor betroffen, auch die Energieversorgung wäre in Gefahr.

KARTELL-VORWÜRFE GEGEN DEUTSCHE AUTOBAUER

Der SPIEGEL berichtet, dass Volkswagen, Audi, Porsche, BMW und Daimler sich über Technik, Kosten, Zulieferer und Abgasreinigung von Dieselfahrzeugen geheim abgesprochen haben sollen. Eine Selbstanzeige aus VW-Kreisen bei der Wettbewerbsbehörde soll dies belegen.

Die Rede ist von 60 Arbeitskreisen seit den 1990er Jahren und 200 Mitarbeitern,

die darin involviert sein sollen. Es wird vermutet, dass durch diese Absprachen, die Basis für den Dieselskandal gelegt worden sein soll. Hintergrund ist, dass aus Kostengründen kleinere Reinigungsstanks bei Dieselfahrzeugen bezogen wurden, die allerdings mit der Reinigungsleistung nicht hinterkamen. Deshalb sollen die Autobauer zu Tricks gegriffen haben.

PERSONALIEN

SENFTLEBEN BLEIBT VORSITZENDER DER CDU BRANDENBURG

Ingo Senftleben (42) ist am 15. Juli auf einem Landesparteitag der CDU Brandenburg erneut zum Vorsitzenden gewählt worden. Er erhielt 87,3 Prozent der Stimmen und damit zehn Prozentpunkte mehr als bei seiner ersten Wahl zum Vorsitzenden im Jahr 2015. Generalsekretär Steeven Bretz wurde ebenfalls im Amt bestätigt.

RECK IST BÜROLEITER VON MINISTERPRÄSIDENTIN KRAMP-KARRENBÄUER

Mark Reck (34) ist seit dem 1. Juli Büroleiter von Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) in der Staatskanzlei des Saarlands. Zuvor war er bereits fünf Jahre lang der persönliche Referent der Ministerpräsidentin. Der bisherige Büroleiter Henrik Eitel hat die Leitung der Abteilung Koordination und Medien in der Staatskanzlei übernommen.

POMMER SPRICHT FÜR SPD-GENERALSEKRETÄR HUBERTUS HEIL

Franziska Pommer (37) ist seit dem 12. Juni Sprecherin des Generalsekretärs der SPD, Hubertus Heil. Sie folgt auf Benjamin Seifert, der für SPD-Generalsekretärin Katarina Barley gesprochen hatte und ihr als Pressesprecher ins Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefolgt ist.

HOVENJÜRGEN UND KANITZ IN FÜHRUNGSPITZE DER CDU NORDRHEIN-WESTFALEN

Josef Hovenjürgen (54) ist neuer Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen. Das hat der Landesvorstand am 10. Juli beschlossen. Sein Vorgänger Bodo Löttgen war im Juni zum Vorsitzenden der Landtagsfraktion gewählt worden. Steffen Kanitz (33) ist neuer Schatzmeister des Landesverbands. Kanitz übernimmt das Amt von Stephan Holthoff-Pförtner, der nun als Europa- und Medienminister Teil der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist.

AUS DEN MINISTERIEN

UMWELTMINISTERIN HENDRICKS ZEICHNET ALDI SÜD FÜR KLIMASCHUTZ-ENGAGEMENT AUS

In dieser Woche zeichnete Bundesumweltministerin Barbara Hendricks den Discounter Aldi Süd für seine Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzes aus. Damit ist Aldi Süd die Lebensmitteleinzelhandelskette, die in die Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe der Deutschen Wirtschaft aufgenommen wird.

Aldi Süd produziert mit Solaranlagen auf über 1.250 Filialdächern einen Großteil des benötigten Stroms selbst und versorgt damit auch die eigenen Elektrotankstellen. Hendricks betonte: »Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg sind keine Gegensätze, sondern wachsen immer stärker zusammen. Ich freue mich, dass mit Aldi Süd nun auch der Lebensmitteleinzelhandel einen Vertreter in der Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe der Deutschen Wirtschaft hat und hoffe auf viele Nachahmer.«

WORTE DER WOCHE

»Politische Sanktionsinstrumente sollten nicht mit wirtschaftlichen Interessen in Verbindung gebracht werden.«

Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister, über die geplanten US-Sanktionen gegenüber Russland, die auch deutsche Unternehmen betreffen würden.

»Es gibt Ängste und Frustration bei den Bürgern, weil das Wachstum nicht fair verteilt wurde.«

Justin Trudeau, Präsident Kanadas.

»Man muss die Leute aber wissen lassen, auf was sie sich da einlassen.«

Ewald Nowotny, Österreichs Notenbankchef, warnt vor den Risiken der Cyber-Währung Bitcoin.

»Wir müssen den Flüchtlingen, die zum Mittelmeer kommen, Gründe geben, in ihrer Heimat zu bleiben.«

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

»Der Bundesverkehrsminister ist ein Verschleiерungsminister. Die Bundesregierung hält ihre schützende Hand über die Manager der Autoindustrie.«

Anton Hofreiter, Fraktionschef der Grünen im Bundestag, zur Dieselfähe.

»Die vom Außenminister vorgestellten Maßnahmen gegenüber der Türkei sind angesichts der Entwicklung notwendig und unabdingbar.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt sich hinter Sigmar Gabriel bei der Verschärfung der Reisewarnung in die Türkei.

»Man kann nicht zu Investitionen in einem Land raten, wenn es dort keine Rechtssicherheit mehr gibt.«

Außenminister Sigmar Gabriel über die Situation in der Türkei.

TERMINE

24.7. LEOPOLDINA-AKADEMIE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS

Diskussionsveranstaltung der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina zum Thema »Promotion im Umbruch«, unter anderen mit dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Hamburg, Prof. Edwin Kreuzer und dem Vizepräsidenten der Leopoldina, Prof. Martin Lohse. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jägerstraße 22-23, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

25.7. EUROPÄISCHE AKADEMIE ZUR UKRAINE

Diskussionsveranstaltung zum Thema »Die Ukraine zwei Jahre nach dem zweiten Minsker Abkommen – und noch immer kein Frieden in Sicht?«, unter anderen mit Jean P. Froehly vom OSZE Büro Warschau und Andreas Prothmann vom Auswärtigen Amt. Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Anmeldung erforderlich).

25.7. NAUMANN-STIFTUNG ZUM FLUGHAFEN TEGEL

Diskussionsveranstaltung zum Thema »Berlin TXL: Zu, auf oder irgendwas dazwischen? Zur Zukunft des Flughafens«, unter anderen mit dem Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, dem Geschäftsführenden Gesellschafter von aviare consult Norbert Gronak und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Jörg Stroedter. Ludwig Erhard Haus, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin (Anmeldung erforderlich).

9.8. DISCUSSING WORLD POLITICS ZU DEUTSCHLANDS SICHERHEITSPOLITIK

Discussing World Politics lädt zur nächsten Diskussion in Berlin am Mittwoch, 9.8.2017 um 19 Uhr zum Thema: »Sicherheit und Verantwortung – Deutschlands Politik des Friedens oder der Bequemlichkeit?«. Die Diskussion findet in der GIZ-Hauptstadtpresenztanz (Reichpietschufer 20, 10785 Berlin) mit den Experten Prof. Dr. Bernhard Stahl und Botschafter a.D. Ulrich Brandenburg statt.